

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Dienstag, **09.04.2013**, 16:00 Uhr - 16:55 Uhr,
Lublin-Zimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Georg Berding , Jürgen Ohm , Werner Quante , Hans-Christoph Vogelberg , Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Elke Leiendecker , Thomas Marquardt , Kurt Pölling , Friedhelm Schade

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Gerhard Joksche , Thomas Marczinkowski , Dr. Rita Stein-Redent

von der FDP-Fraktion

Jens-Ulrich Lenski

auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE.

Rüdiger Sagel

von der Verwaltung

Martina Arndts-Haupt , Wolfgang Heuer , Monika Hochwald , Jörg Hoffmann , Dr. Thomas Jungkamp , Jochen Lüken , Martin Schulze-Werner , Michael Willamowski

für die Schriftführung

Christiane Köhling

Es fehlten:

Olaf Dreßen , Heribert Klas , Fritz Pfau

Gäste:

Herr Marcus Bielefeld

Tagesordnung

- | | | |
|-------------------------|----|--|
| <u>V/0130/2013</u>
V | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0088/2013</u>
V | 2. | Umfeld Lotharinger Kloster / Standesamt
-Planungs- und Baubeschluss - |
| | 3. | Zeitlich befristete Übergangslösungen zur Unterbringung von Flüchtlingen bis zur Fertigstellung neuer Einrichtungen in Roxel und Wolbeck |
| | 4. | Bericht Prostitution in der Siemensstraße
- mündlicher Bericht - |
| | 5. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

1. Entsprechend der Bitte von Herrn Klas aus der letzten Sitzung, dem Ausschuss Informationen über die Belegung der Tiefgarage im Stadthaus I zu geben, stellte Herr Willamowski die Verteilung wie folgt dar:

- 10 Plätze seien reserviert für Dienstfahrzeuge,
- 2 Plätze für schwerbehinderten Kollegen/ Kolleginnen, die im Stadthaus I eingesetzt sind,
- 9 Plätze für Amtsleiter/innen,
- 5 Plätze für Wahlbeamte sowie
- 3 Plätze für Bürgermeister/innen.

Darüber hinaus gäbe es 3 Wechsellparkplätze (die auf Nachfrage z.B. für Handwerker, Mitarbeiter/innen, die sonst in anderen Stadthäusern arbeiten, vergeben würden). Ein weiterer Platz sei an die Firma Petzhold vermietet.

Herr Joksche fragte nach, wie viel Stellplätze nach § 51 Bauordnung notwendig wären. Herr Willamowski erklärte, dass ihm die Zahl nicht bekannt sei, er aber davon ausgehe, dass das Gebäude Bestandsschutz habe.

2. Herr Sagel fragte nach, ob das Thema „Befristungen bei den Erzieher/innen“ noch angesprochen würde. Das Papier wurde mit der Niederschrift der letzten Sitzung verschickt. Herrn Sagel wurde ein weiteres Exemplar ausgehändigt.

Punkt 2 der Tagesordnung **V/0130/2013**

Umfeld Lotharinger Kloster / Standesamt **-Planungs- und Baubeschluss -**

Herr Hoffmann, Amt für Grünflächen und Umweltschutz, stellte die Vorlage inhaltlich vor und zeigte an Hand einer Präsentation, wie die Gestaltung nach der derzeitigen Planung aussehen werde und beantwortete anschließend die Fragen aus dem Ausschuss.

Die Frage, ob es noch Einsparpotentiale gäbe, wurde von Herrn Hoffmann verneint. Die jetzige Planung sei gegenüber einer ersten Planung kostenmäßig schon deutlich reduziert. Es sei eine ausgewogene und wirtschaftliche Lösung.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss sodann mehrheitlich bei Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE und Enthaltung der FDP-Fraktion, dem Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1.) Das Umfeld des Lotharinger Klosters / Standesamt wird nach dem Entwurf (Plan Nr. 279/1) des Amtes für Grünflächen und Umweltschutz umgestaltet.

2.) Die Bushaltestelle an der Lotharinger Straße wird nach dem Entwurf des Tiefbauamtes (eingetragen im Plan Nr. 279/1 des Amtes für Grünflächen und Umweltschutz) barrierefrei ausgebaut.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Zu 1.)

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster für die Umgestaltung des Umfeldes des Lotharinger Klosters Kosten von ca. 260.000 € entstehen. Die Kosten beinhalten den Hochzeitgarten, den Parkplatz sowie die Anpassung des vorhandenen Umfeldes.

Die Kosten für die Pflege und Unterhaltung der gesamten Freianlagen am Lotharinger Kloster betragen ca. 1.800 € / Jahr.

Die Kosten werden vorerst beim Amt für Grünflächen und Umweltschutz veranschlagt. Die genaue Aufteilung der Kosten zwischen den beteiligten Ämtern erfolgt im Rahmen der Aufstellung des Finanzhaushaltes.

Die Folgekostenberechnung wird zur Kenntnis genommen.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1301	Grün- und Freiflächen			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2013 ff	1.800	Gem. Vorlage V/0599/2012
Zeile	14	Bilanzielle Abschreibungen	2013 ff	13.000	Gem. Vorlage V/0599/2012
Summe aller Auszahlungen / Saldo				14.800	Gem. Vorlage V/0599/2012

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	2013 ff	- 5.000	Gem. Vorlage V/0599/2012
Summe aller Auszahlungen / Saldo				-5.000	

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0205	Standesamtsangelegenheiten			
Investitionsmaßnahme	4000	Flächengestaltung am Gebäude Lotharinger Kloster			
Auszahlungen			2013	260.000	
Einzahlungen					
Summe aller Auszahlungen/Saldo				260.000	

Zu 2.)

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster für den barrierefreien Ausbau der Haltestellen Baukosten in Höhe von ca. 10.000 € entstehen.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- Jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrs- flächen und –anlagen	2013	10.000	
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			
Ergebnis:				10.000	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan 2013 bei der o. g. Produktgruppe veranschlagt.

Punkt 3 der Tagesordnung V/0088/2013

Zeitlich befristete Übergangslösungen zur Unterbringung von Flüchtlingen bis zur Fertigstellung neuer Einrichtungen in Roxel und Wolbeck

Den Ausschussmitgliedern lagen folgende Änderungsanträge vor:

A. Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL sowie der Piraten-Partei:

Der Ausschuss/der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Folgende Punkte der Vorlage werden geändert:

Punkt I.1 neu:

Bis zur Fertigstellung der neuen Flüchtlingseinrichtungen in Roxel, zum Schultenhof und Wolbeck, Tönskamp, werden die vorhandene Flüchtlingseinrichtung Nordkirchenweg 48/50 und der Standort Hof Buddenbäumer, Wolbeck um jeweils 50 Plätze in Container- und Raumelementbauweise erweitert. Auf dem Areal der Flüchtlingseinrichtung Hoppengarten 24/32 werden zusätzlich 25 Plätze in Container- bzw. Raumelementbauweise geschaffen.

Punkt I.4 neu:

Für eine adäquate, an den Standards der bisher realisierten Einrichtungen orientierte persönliche Betreuung werden ab sofort 1,0 Stellen EGr. S 12 für eine/n Sozialarbeiter/-in bzw. Sozialpädagogin und eine 1,0 Stelle EGr. 4 Hauswart/-in im Teilergebnisplan 0503 eingerichtet. Die Stellen werden bei sinkenden Flüchtlingszahlen wieder eingespart. Darüber hinaus wird zur Kenntnis genommen, dass die zusätzlichen Personalressourcen entsprechend dem Ratsbeschluss vom 06.02.2013 (Vorlage V/0973/2012 – Unterbringungskonzept für Flüchtlinge in Münster) bereits befristet eingesetzt sind.

B. Antrag der FDP-Fraktion:

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung möge beschließen:

Die Beschlussvorlage wird wie folgt ergänzt:

...

*4. Für eine adäquate, an den Standards der bisher realisierten Einrichtungen orientierte persönliche Betreuung werden ab sofort 0,6 Stellen EGr. S 12 für eine/n Sozialarbeiter/-in bzw. Sozialpädagogin und eine 0,6 Stelle EGr. 4 Hauswart/-in im Teilergebnisplan 0503 **befristet** eingerichtet. Die Stellen werden bei sinkenden Flüchtlingszahlen wieder eingespart. Darüber hinaus wird zur Kenntnis genommen, dass die zusätzlichen Personalressourcen entsprechend dem Ratsbeschluss vom 06.02.2013 (Vorlage V/0973/2012 – Unterbringungskonzept für Flüchtlinge in Münster) bereits befristet eingesetzt sind.*

Frau Wendland schlug dem Ausschuss vor, dass Punkt I.1 des gemeinsamen Antrags der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL sowie der Piraten-Partei an den Fachausschuss verwiesen wird und der APRO sich nur mit dem Punkt I.4 befasst. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Herr Lenski stellte zunächst den FDP-Antrag vor und richtete an die Verwaltung die Frage, ob eine Befristung der Stellen vorgesehen sei. Herr Willamowski antwortete für die Verwaltung, dass die Stellen zunächst unbefristet seien, aber bei einem Rückgang der Flüchtlingszahlen natürlich eine entsprechende Stellenreduzierung vorgenommen würde. Losgelöst von der Frage, ob die Stellen unbefristet sind, sei die Frage, ob diese personell unbefristet besetzt würden. Sollte aus Personalgewinnungsgründen eine unbefristete Einstellung notwendig sein, müssten diese Kräfte bei Einsparung der Stellen auf andere planmäßige Stellen im Sozialamt/ in der Verwaltung wechseln.

Herr Lenski blieb trotz der Hinweise der Verwaltung bei dem Antrag.

Herr Pölling stellte sodann den gemeinsamen Antrag für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL sowie die Piraten-Partei vor:

Er stellte an die Verwaltung die Frage, ob die Stellenzahl dem bisherigen Standard entspricht. Herr Willamowski bejahte die Frage für die Verwaltung.

Herr Sagel stellte die Frage, ob eine Containerlösung vorgesehen sei und ob die Personalkapazität bei einer solchen Lösung nicht höher anzusetzen wäre. Herr Willamowski beantwortete die Frage für die Verwaltung. Eine benutzerspezifische höhere Personalkapazität müsste ggf. später aufgegriffen werden, verwies aber in Bezug auf die fachliche Einschätzung auf die Fachverwaltung. Er bot an, Herrn Lembeck als Vertreter des Fachamtes kurzfristig in den APRO zu bitten. Das wurde nicht gewünscht.

Herr Sagel übte Kritik an der Verwaltung, dass die Personalfrage losgelöst von den sachlichen Entscheidungen gelöst wurde.

Die Abstimmung über die Anträge brachte folgende Ergebnisse:

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL sowie der Piraten-Partei wurde bei Enthaltung der FDP-Fraktion einstimmig angenommen.

Der Antrag der FDP-Fraktion wurde mehrheitlich mit den Stimmen von FDP und CDU gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen/GAL und DIE LINKE bei Enthaltung der SPD-Fraktion angenommen.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss sodann einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion, dem Rat die Annahme des folgenden **geänderten Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Bis zur Fertigstellung der neuen Flüchtlingseinrichtungen in Roxel, Zum Schultenhof, und Wolbeck, Tönskamp, werden die vorhandenen Flüchtlingseinrichtungen Im Sundern 61 und Nordkirchenweg 48/50 um jeweils 50 Plätze in Container- bzw. Raumelementbauweise erweitert. Auf dem Areal der Flüchtlingseinrichtung Hoppengarten 24/32 werden zusätzlich 25 Plätze in Container- bzw. Raumelementbauweise geschaffen.
2. Die Maßnahmen zu Punkt 1 werden entsprechend dem Bedarf umgesetzt. Sie werden unmittelbar nach Fertigstellung der neuen Flüchtlingseinrichtungen in Roxel und Wolbeck (Vorlage V/0973/2012) wieder zurückgebaut.
3. Die Erweiterungsbauten werden durch die Wohn- und Stadtbau GmbH bzw. durch einen von ihr beauftragten Investor schlüsselfertig zur Verfügung gestellt. Sie werden durch die Stadt Münster angemietet und mit dem notwendigen Mobiliar sowie den erforderlichen beweglichen Einrichtungsgegenständen ausgestattet.
4. Für eine adäquate, an den Standards der bisher realisierten Einrichtungen orientierte persönliche Betreuung werden ab sofort **1,0 Stelle** EGr. S 12 für eine/-n Sozialarbeiter/-in bzw. Sozialpädagogen/-in und **1,0 Stelle** EGr. 4 für eine/-n Hauswart/-in im Teilergebnisplan 0503 **befristet** eingerichtet. Die Stellen werden bei sinkenden Flüchtlingszahlen wieder eingespart.

Darüber hinaus wird zur Kenntnis genommen, dass die zusätzlichen Personalressourcen entsprechend dem Ratsbeschluss vom 06.02.2013 (Vorlage V/0973/2012 „Unterbringungskonzept für Flüchtlinge in Münster“) bereits befristet eingesetzt sind.

Punkt 4 der Tagesordnung Bericht Prostitution in der Siemensstraße - mündlicher Bericht -

Herr Schulze-Werner berichtete über die Situation der Prostitution an der Siemensstraße. Im Ergebnis sähen Polizei und Ordnungsbehörde keinen Anlass für den Erlass einer Sperrzone.

Herr Sagel wies darauf hin, dass die den Fraktionen vorliegenden Beschwerden der Anwohner bezogen auf die Kleine Siemensstraße nicht zu den Ergebnissen der Kontrollen passten und fragte nach, ob sich an der Situation speziell an der Kleinen Siemensstraße etwas verändert habe. Herr Schulze-Werner verneinte das.

Auf die Frage von Frau Wendland nach weiteren Kontrollen, erklärte Herr Schulze-Werner, dass diese umfassenden Kontrollen nicht zu leisten wären und daher künftig im ganz normalen Umfang durchgeführt würden.

Herr Sagel zweifelte an, dass die Kontrollen bis um 23:40 Uhr in der Nacht ausreichend waren. Er gehe davon aus, dass die von Herrn Sandbaumhüter dargestellten Probleme erst später in der Nacht/ in den frühen Morgenstunden aufträten. Der Bericht würde insoweit kein vollständiges Bild abgeben.

Vereinbart wurde, dass der ausführliche Bericht der Niederschrift beigelegt wird.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

1. Frau Wendland bat die Verwaltung um einen Bericht über das gewerbsmäßige Betteln in einer der nächsten Sitzungen. Die Verwaltung sagte dies zu.
2. Frau Wendland erklärte, sie sei von einer Dame angesprochen worden, die mit ihrem Hund, der in einem „Hundekinderwagen“ gesessen habe, über den Markt gegangen sei und ihr dort von einem Mitarbeiter des Ordnungsamtes mitgeteilt worden sei, dass das nicht zulässig sei. Frau Wendland fragte die Verwaltung nach der Richtigkeit dieser Aussage. Herr Schulze-Werner bestätigte dies.
3. Herr Pölling bat darum, das Thema „Parken am Prinzipalmarkt“ in einer der nächsten Sitzungen aufzugreifen. Auch dies sagte die Verwaltung zu.

Simone Wendland
Vorsitz

Christiane Köhling
Schriftführung